Rechnungsformulare
in allen Formaten
liefert die
Buchdruckerei der
Neuß-Grevenbr. Ztg.
Niederstraße 46.

Schwarz. Gehrockanzug, 2 Zylinderhüte Nr. 55 u. 57 z. verk. Hellmann, Marienkirchpl. 26 I.

5 P neue weiße Schuhe, 34 u. 35, 37/38, billig zu verkaufen. Gertrud Schulten, Am Obertor 1.

Zu verkaufen:
Ausziehtisch, Bett, Schrank, Tisch, Oefen, Ledersofa, Wäschemange, Gaslampen, Badewanne, Stehleiter, Einmachfässer, Bertikow, Hennes, Marienkirchpl. 26.

Kl. Bett, Ausziehtisch, Kleiderständer, Wanduhr, Stühle, Papierkorb, Holzkoffer, kl. Ofenrohr u. leere Flaschen zu verk. H. Knop, Münsterstraße 11.

Ein gebrauchter schwarz. Herd zu verk. Behrens, Glockhammer 35, II.

Ein Posten Spiralbohrer billig abzugeben. M. in der Elst, Neuß, Hindenburgplatz 14.

Lehrbücher, Franz. und Engl., Pflanzen- u. Tierk., Oberrealschulbücher z. verk. Hennes, Marienkirchpl. 26.

Gut. Grammophon und 18 Platten z. verk. Hellmann, Marienkirchplatz 26, I.

Badewanne, Kinderwag., hohe Damenschuhe, Nr. 40, Herren-Ueberzieher u. dsch. Kleidungsstücke bill. z. v. Maulshagen, Neustr. 18.

Ein guterhaltenes — Reitzeug — preiswert zu verkaufen. J. Müller, Marienstr. 14.

Deutlich
schreiben wolle man stets bei Aufgabe von Inseraten. Insbesondere gilt dies für Namen, Wohnort und Straße. Für Fehler, die infolge undeutlich geschriebenen Manuskripts entstehen, übernehmen wir keinerlei Verantwortung.
Geschäftsstelle der Neuß-Grevenbroicher Zeitung
Neuß, Niederstr. 46.

6½ Uhr
abends ist jeweils Schluß der Anzeigenannahme für die Ausgabe des folgenden Tages. Für größere Anzeigen um 5 Uhr. Im Interesse der pünktl. Fertigstellung unserer Zeitung bitten wir die verehrl. Inserenten um Beachtung dieses Termins. Später eintreffende Anzeigen müssen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.
Geschäftsstelle der Neuß-Grevenbroicher Zeitung
Neuß, Niederstr. 46.

Die erk. Person, welche Samstag gegen 6 Uhr bei Busch, Niederstr. (Rest.) i. nahm, wird ers., dass. ort zurückzubringen, wo genfalls Anz. erfolgt. Busch, Niederstraße.

Schäferhündin
schw. Lederhalsband u. Namen, auf Lona hörend, 14. ds. Mts. entlaufen. Wiederbringer Belohnung. Vor Ankauf wird gewarnt. Brusll, Krim.-Wachtm. Heerdt, Crefelderstr. 1.

(Autorisé par la Censure de la 4te zône.)

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Fernsprecher Nr. 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Fernsprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. *,* Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat in Neuß durch Boten in's Haus gebracht Mk. 1.50 und auswärts an der Post abgeholt.
Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 45 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 50 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile M. 1.75. Anzeigen erbeten an die Geschäftsstelle bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen.

Nr. 220. | Redaktion: Jos. Grunau. | Dienstag, 22. Juli 1919. (Maria Magdalena) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß | 46. Jahrgang.

Das Zentrum und seine Grundsätze.

Von Geheimrat Marx, Düsseldorf, Mitglied der Nationalversammlung.

Von den verschiedensten Seiten, und was am meisten zu bedauern ist, von den Angehörigen der eigenen Partei, wird gegen die Zentrumsfraktion, namentlich die der Preußischen Landesversammlung, der Vorwurf erhoben, sie habe durch Beitritt zur Regierung ihre Grundsätze in gröblichster Weise verletzt, namentlich die Sorge für die konfessionelle Schule in unzulässiger Weise hintangesetzt. Wir wollen für heute nur noch einmal mit allem Nachdruck auf die Erklärung hinweisen, die der Abgeordnete Herold namens der Fraktion in der Sitzung vom 24. Mai d. J. als diejenige verlesen hat, die das Zentrum vor dem Eintritt in die Regierung dieser sowohl wie der sozialdemokratischen und demokratischen Partei gegenüber abgegeben hat. Diese Erklärung scheint doch in Kreisen der Zentrumspartei nicht ausreichend gewürdigt zu werden. Sie heißt wörtlich:

„Wir halten grundsätzlich an der konfessionellen Volksschule fest. Trotzdem sind wir angesichts der Not der Zeit und des Vaterlandes bereit, uns unter Aufrechterhaltung unserer Parteigrundsätze in der Regierung zu beteiligen. Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz müssen wir uns damit abfinden, daß, wenn die Schulgemeinden in ihrer Mehrheit es verlangen, die Gemeinschaftsschule (Simultanschule) eingeführt wird, unter der Bedingung, daß der wahlfreie konfessionelle Religionsunterricht in ihr erhalten bleibt."

An die Mitteilung dieser Erklärung schloß Abg. Herold dann noch weiter die formelle Erklärung an: „Die Zentrumsfraktion wird alle Gesetzesvorlagen bekämpfen, die den Eltern oder deren Stellvertretern das Recht und die Möglichkeit beschränken, ihre Kinder in Schulen zu schicken, in denen sie nach ihrer religiösen Ueberzeugung erzogen und unterrichtet werden. Die Vertreter der Zentrumsfraktion haben dies bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung den Vertretern der Regierung sowie der sozialistischen Mehrheitspartei und der demokratischen Partei unzweideutig erklärt." — Abg. Herold erklärte dann ferner noch, daß unter der Bezeichnung „wahlfreier Religionsunterricht" zu verstehen sei ein Unterricht, an dem an sich die Kinder teilzunehmen hätten mit der Maßgabe, daß sie nur dann davon befreit werden sollten, wenn eine dahingehende ausdrückliche Erklärung seitens der Eltern abgegeben würde.

Man sollte meinen, daß durch diese Erklärungen der Standpunkt der Zentrumspartei durchaus einwandfrei klargestellt sei. Die Zentrumspartei hat sich beim Eintritt in die Regierung volle Freiheit in der Richtung vorbehalten, alle Gesetzesvorlagen zu bekämpfen, die das Recht der konfessionellen Schule irgendwie beeinträchtigen wollen. Nicht nur die Fraktion als solche kann die Vorlagen ablehnen und selbstredend auch Verbesserungsvorschläge machen. Auch die Zentrumsmitglieder, die in das Kabinett eingetreten sind, haben sich das Recht vorbehalten, gegen diese Vorlagen zu stimmen und so die Verantwortung für dieselben abzulehnen. Wenn es in der Erklärung, die wie gesagt in durchaus loyaler Weise sowohl der Regierung wie den beteiligten Parteien ausdrücklich mitgeteilt worden ist, heißt, daß „man sich bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz damit abfinden müsse, daß, wenn eine Schulgemeinde der Mehrheit nach die Einrichtung einer Simultanschule verlange, dies dann unter der Bedingung, daß der wahlfreie konfessionelle Religionsunterricht in ihr erhalten bleibe, geschehen solle, so ist das vielleicht hier und da mißverstanden worden. Man muß dabei daran denken, daß noch vor Einbringung eines allgemeinen Schulgesetzes die Regierung eine Regelung der Schulfrage für Preußen dahin in Aussicht gestellt hat, daß die bisherigen erschwerenden Bedingungen für Einrichtung einer Simultanschule in einer Gemeinde in Wegfall kommen sollen. Das kann natürlich, da es sich um die Abänderung des Volksschulunterhaltungsgesetzes vom 28. Juli 1906 handelt, nur im Wege einer Gesetzesvorlage an die Preußische Landesversammlung geschehen, dahingehend, daß die Einrichtung simultaner Schulen in einer Gemeinde lediglich von einem Mehrheitsbeschlusse der Gemeindeverwaltungsorgane abhängig sein solle. Das Zentrum wird in einem solchen Falle gemäß seinen Grundsätzen und auf Grund der von ihm abgegebenen Erklärungen selbstverständlich diese Gesetzesvorlagen ablehnen, vielleicht auch Abänderungsanträge stellen. Die Zentrumsminister werden bei der entscheidenden Beratung im Kabinett ebenfalls ihre Stimmen gegen diese Vorlagen abgeben. Wenn aber dann die Mehrheit der Preußischen Landesversammlung sich für die Annahme einer solchen Vorlage aussprechen würde, was wohl wahrscheinlich der Fall sein wird, da Sozialdemokraten und Demokraten die Mehrheit in der Preußischen Landesversammlung bilden, dann würde das Zentrum eben diese Ueberstimmung durch die Mehrheit ertragen müssen. Weiteres besagt der Ausdruck „Wir müssen uns damit abfinden" nicht. Das Zentrum hat also in keiner Weise irgendwie den Grundsatz der konfessionellen Einrichtung der Schule aufgegeben oder verletzt. Es hat sich seine volle Freiheit in der Bekämpfung einer, die Einrichtung der Simultanschule erleichternden Gesetzesvorlage vorbehalten. Es hat nur versprochen, auch für den Fall, daß es in der Minderheit bleibt, nicht aus dem Ministerium auszutreten, es also zu einer Kabinettskrise in diesem Falle nicht kommen zu lassen. Daraus dem Zentrum einen Vorwurf machen zu wollen, ist wohl nicht angängig. Denn aus welch schwerwiegenden Gründen sich das Zentrum dazu entschlossen hat, sich an der Regierung zu beteiligen, das ist ja schon des öfteren hier von berufener Seite dargelegt worden. Lediglich die Not der Zeit und des Vaterlandes hat das Zentrum veranlaßt, alle Bedenken zurückzustellen und sich an der Regierung zu beteiligen, um Schlimmeres zu verhüten und nicht den Zerfall des ganzen Staates herbeizuführen. Seine Grundsätze hat es in keiner Weise aufgegeben, aber alles getan, was in seinen Kräften stand, um Vaterland und Volk vor weiterm Unheil zu behüten. Und das war seine Pflicht.

Mißwirtschaft bei den Reichsstellen.

So darf man eine Reihe von Anklagen überschreiben, die Herr Nikolaus Joniak (Duisburg) in Mitteilungen des Hansabundes gegen eine Reihe von Behörden und Personen erhebt. Es handelt sich dabei um Anklagen schwerster Art, zu denen die Beteiligten keinesfalls werden schweigen dürfen. Um Anklagen aber auch, die leider nur allzusehr mit dem übereinstimmen, was seit Abschluß des Krieges über die Wirksamkeit mancher Organisationen und Behörden unter der Hand bekannt geworden ist. Wir machen uns diese Anklage nicht ohne weiteres zu eigen, sind aber der Meinung, daß die damit berührten Verhältnisse dringend voller Klarstellung bedürfen. Die Mißstimmung über Uebelstände der darin angeführten Art ist unter der Decke der Oeffentlichkeit gewaltig angeschwollen und macht sich von Zeit zu Zeit in einer Weise Luft, die der Gesundung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens unmittelbar entgegenwirkt. Ist sie unbegründet, so müssen derartige Anklagen widerlegt werden; ist das nicht möglich, so ist den Uebelständen, die jene Mißstimmung hervorrufen, rücksichtslos auf den Grund zu gehen und ebenso rücksichtslos gegen die Beteiligten einzuschreiten. Herr Joniak schreibt:

Während die gesamte Industrie nach Rohstoffen, der Verbraucherkreis nach Ware aller Art schreit, läßt das Reichsverwertungsamt die gewaltigen Heeresbestände, soweit sie nicht durch dunkle Manipulationen in den Schleichhandel geraten, in den im ganzen Lande verstreut liegenden Sammeldepots liegen und wartet offenbar, bis zum Verteilen nichts mehr da ist. Soweit eine Verteilung vorgenommen wird, geschieht das in einer Art und Weise, die jeder Beschreibung spottet. So ruht — um aus zahllosen nur ein Beispiel anzuführen — das Baugeschäft fast völlig aus vielen andern Gründen, die der Unbeholfenheit der Behörden zuzuschreiben sind. Zum Teil auch deshalb, weil den Bauunternehmern die nötigen Geräte fehlen (Lokomotiven, Feldbahnen, Wagen, Lastautos, Holz zu Baracken, Bagger, Hacken, Schaufeln und dergl.). Die Bauarbeiter feiern, der Staat zahlt ihnen Millionen Erwerbslosenunterstützung, und das Reichsverwertungsamt, anstatt die zahlreich vorhandenen Geräte schleunigst zu angemessenen Preisen an die Verbraucher zum Verkauf zu stellen, läßt es zu, daß die verschiedenen Aemter ihre Sachen an den Meistbietenden oder an Geschäftsfreunde, meist aber — wobei die Politik der offnen Hand eine nicht untergeordnet Rolle spielt — an diejenigen Kriegslieferanten verkaufen, die diese Dinge in den Vorjahren lieferten und die nunmehr ein zweites Geschäft machen und, unbekümmert um die Nöte und Bedürfnisse der Zeit, die gekauften Sachen auf Lager stellen, um sie zu geeigneter Zeit zu Wucherpreisen weiterzuverkaufen. Meistens sind es Schieber und die Ware wandert in den Schleichhandel.

Aus dem Proviantdepot der Duisburg-Ruhrorter Häfen wurden beispielsweise große Mengen Zigarren an einen Käsehändler, der zu den Proviantbeamten gute Beziehungen unterhielt, abgegeben, die sie tags darauf mit großem Gewinn weiter verkaufte. Aus dem Materialiendepot ebenda wurden alle Bestände an Bürsten, Pinseln und ähnlichen Waren an einen Unteroffizier des ebenfalls dort liegenden Sammel-Sanitätsdepots verkauft, der an den Revolutionsschiebungen so viel verdient hat, daß er, ehemals mittellos, sich in Ruhrort ein altes Drogengeschäft kaufen konnte. Drei ehemalige Beamte der Materialiendepots vom Duisburg-Ruhrorter Hafen haben nach Ausbruch der Revolution bei der Verwertung der Heeresbestände so viel zusammengeschoben, daß sie instand gesetzt wurden, sich acht Personenautos anzuschaffen, mit denen sie jetzt in Duisburg einen Autoverkehr eingerichtet haben. Wenn nicht sofort alle Verwaltungsbureaus des Reichsverwertungsamtes radikal gesäubert werden, ist jeder Kampf gegen die Korruption aussichtslos.

Im Eispalast in Berlin, Lutherstraße, liegen nach einer kürzlichen Meldung des Vorwärts ungeheure Vorräte an Webwaren, Dinge, die die Allgemeinheit dringend braucht und mit Wucherpreisen bezahlen muß. In Kassel liegt ein enormes Lager von Gardinenstoffen. An einer andern Stelle liegt ein Sanitätsschuppen mit dreißigtausend Bettstellen. Das Reichsverwertungsamt hält diese Dinge zurück, zahlt hohe Lagermieten und hohe Gehälter für Direktoren, Lagerverwalter usw., und ist nicht zu bewegen, die Sachen den Verbrauchern zuzuführen. In Münster in Westfalen liegen große Mengen Bett- und Leibwäsche, Handtuch- und Kleiderstoffe, Leinen, Wollwaren, Strümpfe und sonstige Bekleidungsstücke. An der Spitze der Verwaltung steht ausgerechnet ein Staatsanwalt. Erst die drohende Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes für den Fall der Nichtunterzeichnung der Friedensbedingungen hat diese Stelle veranlaßt, die Bestände beschleunigt an die benachbarten Kommunalverbände loszuschlagen, nicht ohne die Münsterer Profitmacher erst 10 v. H. daran verdienen zu lassen. Münster liefert ein Schulbeispiel dafür, wie es „gemacht" wird. Jeder der beteiligt gewesenen Kommunalverbände wird bestätigen, daß die Art und Weise, wie in Münster die Beamten des Reichsverwertungsamtes, aber auch die übrigen, an diesem Geschäft Beteiligten, arbeiten, an Erpressung grenzt. Wer nicht recht tief in den Beutel griff, konnte tagelang warten, bis ihm die verkaufte Ware verabfolgt wurde. Waggons, die zum Beladen bereitstanden, wurden, wenn die „offene Hand" nicht gefüllt wurde, nicht „gefunden", bis nach Arbeitsschluß. Dann wurde kategorisch erklärt: Die Arbeitszeit ist zu Ende. Die Ueberstunde aber koste pro Mann und Stunde 6,50 Mark. Um nicht einen weitern Tag warten zu müssen, mußte, wer kein Trinkgeld gab, für den ganzen Troß — Inspektor, Feldwebel, Aufseher und ein Dutzend Arbeiter — alle Ueberstunden bezahlen. Das ist Erpressung. So wird es in allen Orten Deutschlands, wo ähnliche Geschäfte abgewickelt werden, gemacht. Dazwischen klingt es wie Hohn: Nur die Arbeit kann uns noch retten, die Senkung der Preise muß mit allen Mitteln angestrebt werden, oder: Es wird äußerster Zusammenfassung aller Kräfte bedürfen, um das verarmte Land wieder hochzubringen, und wie derlei Phrasen alle heißen mögen. Gegen die Korruption aber geschieht nichts. Was ist da zu sagen? Das: daß in dieser Organisation, wie bei allen kriegswirtschaftlichen Organisationen, außer einigen geriebenen Interessenten, die an der behördlichen Hilfslosigkeit ein pekuniäres Interesse haben, Leute an der Spitze stehen, die ihrer Aufgabe in keiner Hinsicht gewachsen sind. Man vergesse nicht, daß es sich hier um rein praktische Fragen des Wirtschaftslebens handelt. Ein energischer Mann der Praxis würde genügen, um in diese heillose Mißwirtschaft in kurzer Zeit Ordnung hineinzubringen. Freilich würde

Unpolitische Zeitläufe.

Berlin, 15. Juli.

Alle Räder rollen wieder in Berlin. 14 Tage hatte der Unfug des Verkehrsstreiks gedauert. Nachdem wir kostbare Stiefelsohlen verschlissen und ein ganzes Päckchen Marktscheine auf halsbrecherischen Rotwagen verbraucht haben, können wir endlich wieder auf die Elektrische und auf die Omnibusse hüpfen und erleichtert ausrufen: Ach, wie bequem, wie schnell und wie billig fährt es sich hier.

Es ist die alte Geschichte: das Gute lernt der Mensch erst schätzen, wenn es ihm entzogen wird. Bis dahin wird es nicht gelobt, sondern bekrittelt. Die Großstädter, vor allem aber die Berliner, halten es für „selbstverständlich", daß sie an der nächsten Straßenecke in einen hübschen Wagen steigen können, der sie für „sechs Dreier" schleunigst an ein kilometerweites Ziel bringt, während sie inzwischen die Zeitung lesen oder ein Nickerchen machen. Wenn der Fahrpreis um ein paar Pfennig erhöht wurde, schrie man Zeter und Mordio, ließ sich aber in dem Naschen von sündhaft teuren Bonbons und in dem Verbrauch von Zigaretten zu 30, 40 und 50 Pfg., als von Zigarren zu 1 bis 2 Mk. nicht stören. Jetzt haben wir in den Wochen der Verkehrsnot für eine Strapazierfahrt auf den urväterlichen Hilfswagen ohne Murren 1, 2 und 3 Mk. bezahlen müssen nach der Länge der Strecke. Für die Kraftwagen, die das Militär in dankenswerter Weise stellte, galt der Einheitssatz von 50 Pfg., aber dafür mußte man sich auch mit einem Stehplatz in strammer Pressung begnügen. Wer in einen Anhänger dieser Kraftwagen stieg, wurde obendrein noch geräuchert, da er den fürchterlichen Auspuff des Triebwagens zu kosten bekam. Aber alles das wurde geduldig hingenommen. Auch der Regen, der in diesem Siebenschläfer-Sommer nur zu häufig auf die offenen Gefährte niederplätscherte. Dann spannt jeder den Schirm auf, und da die Schirme das Wasser nicht verschlucken, sondern ablaufen lassen, so kamen sie allesamt aus dem Regen in die Traufe und kletterten mit durchnäßten Knien und triefenden Rockschößen von der überschwemmten Arche wieder herunter. Um die Zeit und den Aerger zu vertreiben, wurde zunächst geschimpft auf die nichtsnutzigen Streikbolde und dann wurden schlechte Witze gemacht über das eigene Elend, die bekanntlich in Berlin besonders gut gedeihen. Man tröstete sich gegenseitig in dem Bewußtsein, daß die schlechteste und teuerste Fahrt immer noch besser sei, als der lange Fußmarsch.

Manche Landbewohner und auch Kleinstädter meinen, dieser Hunger nach Fuhrwerk sei ein Zeichen von Faulheit und Verweichlichung der Großstädter. So schlimm ist es aber nicht. In den gepflasterten Straßen werden doch sehr viel Stiefel und Holzschuhe verschlissen. Die Wege sind weit und müssen oft mehrmals am Tage zurückgelegt werden. Z. B. von Hause bis zur Arbeitsstelle vielfach morgens hin, mittags zurück, nachmittags hin, abends zurück. Für schwächliche und alte Leute geht so ein Fußmarsch über die körperlichen Kräfte. Bei anderen wird die Arbeitsfähigkeit durch die Ermüdung auf den Wegen beeinträchtigt. Und allzumal verlieren sie kostbare Zeit durch den stundenlangen Marsch. Zeit ist Geld. So ist immerhin noch keine Verschwendung, wenn für eine Fahrt eine oder zwei Mark ausgegeben werden.

Die wilden Fuhrwerke waren in Berlin wie Pilze aus dem feuchten Boden geschossen. Es war wunderlich anzusehen, wie an den Knotenpunkten des Verkehrs sich buntscheckige Wagenburgen bildeten, so daß der ankommende Fremdling glauben mußte, es sei hier gerade ein Jahrmarkt im größten Stile. Dazu das Geschrei der Kutscher oder ihrer Helfer, die in einemfort ihre Route verkündeten, um schnell noch eine „lumpige Person" für die Wagenfüllung heranzuziehen. Ein Lärm und ein Gewirr von Pferden, Wagen und Menschen — zum Bangemachen. Und doch ging es ohne Unglücksfälle ab, weil sich gutwillig der eine in den anderen schickte.

Vom Standpunkt der feiernden Straßenbahner war es eigentlich „Streikbrecherei". Aber es steckte in dem Getriebe ein gesunder Sozialismus, den die Streiker in ihrem blinden Eigennutz vermissen ließen. Die Inhaber der wilden Fuhrwerke wollten natürlich auch ihren Profit einstreichen; aber er wurde ihnen allseitig gegönnt, weil sie prompt und wirksam zum allgemeinen Besten in die Bresche gesprungen waren. Wenn man ihnen gratulierte zu dem Bündel Papiergeld, so wiesen sie auf die hohen Futterpreise und die Kosten für Verpflegung und Abnutzung der Pferde hin. In der Tat ist die Teuerung in den Ställen groß, und es ist wohl zu begreifen, daß die Omnibusgesellschaft, die hauptsächlich mit Pferdewagen arbeitet, an den Rand des Zusammenbruchs kam und sich kaum durch Erhöhung von 5 auf 20 Pfg. Fahrgeld retten konnte.

Die Stadt, die nunmehr in den Besitz aller Straßenbahnen kommt, kann aus den Erfahrungen in der Streikwoche eine vorteilhafte Nutzanwendung ziehen. Wenn die Kosten des Betriebes weiter steigen, so müssen entweder die Fahrpreise oder die Gemeindeabgaben erhöht werden. Ich glaube, man braucht die Verkehrskosten nicht auf die Stadtkasse zu schieben. Das Publikum hat an den Verkehrsanstalten so große Vorteile, daß es gut und gern noch einige Pfennige mehr für eine Fahrt bezahlen kann. Der Widerwille gegen die Tariferhöhung ist wesentlich gedämpft worden, seitdem alle am eigenen Leibe nachhaltig ausgekostet haben, was der Ausfall der regelmäßigen, schnellen und bequemen Verkehrsmittel zu bedeuten hat.

Dem Berliner wird so viel Uebles nachgesagt, daß ich mich freue, wenn ich auch einmal sie loben kann. Die hiesige Bevölkerung hat sich in diesen Wochen der Prüfung wirklich gut benommen. Auch die Berliner Arbeiter, die ja leider sonst viel Trabanten für Spartakus und die Unabhängigen liefern. Kein Krawall, keine Gewalttätigkeiten gegen die konkurrierenden Eisenbahner oder gegen die Einrichtungen der Straßenbahn. Der dumme Beschluß der sog. Arbeiterräte, daß man kein Notfuhrwerk benutzen solle, fiel glatt ins Wasser. Die Arbeiter hatten erkannt, daß dieser Streik sich hauptsächlich gegen sie und die ganze werktätige Bevölkerung richte, und darum von vornherein jede Sympathie versagt. Das ganze Publikum war einmütig und entschlossen im Widerstand. Ein Hetzer rief in einer der letzten Streikversammlung aus: „Das Publikum muß kommen!" Nein, das Publikum wollte nicht kommen und brauchte nicht zu kommen. Da der Berg nicht zu Mohammed kam, mußte Mohammed sich zum Wege nach dem Berge bequemen. Hoffentlich wirkt es heilsam gegenüber dem Streikfieber, daß sich hier wieder einmal gezeigt hat, wie notwendig für die Streikenden eine gewisse Sympathie des Publikums ist. Dann hat das ganze Land einen Nutzen von der Einsicht, der Geduld, der Wetterfestigkeit und der Turnfähigkeit, die das Berliner Publikum in diesem Streik und bei dem Auf- und Abklettern von den Notwagen bewiesen hat.

Wir sagen immer „hoffentlich". Aber aus den Gefahren und Sorgen kommen wir doch nicht heraus. —

dieser Mann nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren, und das ist überall dort verpönt, wo Schiebergrundsätze zur Geltung gelangt sind. Der Schade der dem Reich durch Schiebungen mit Heeresgut zugefügt wird, beläuft sich auf Milliarden.

Preußische Landesversammlung.

49. Sitzung.

Berlin, 19. Juli.

Die Bilder.

Abg. **Oelze** (Dn. Vp.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß nach einem Erlaß des Kultusministers vom 26. Juli die Bilder der Hohenzollern aus allen Schulen entfernt werden sollen. Gerade die preußischen Herrscher hätten sich um die Schule und besonders um die Volksschule hochverdient gemacht. Mit ihren Bildern sei bisher keinerlei politischer Mißbrauch getrieben worden, wohl aber würde ihre Entfernung unter Zwang in bedauerlicher Weise die Politik in die Schule tragen und die Gefühle zahlreicher Eltern und Schüler verletzen. (Sehr richtig! rechts.) Die Bilder seien im Rahmen der Zuständigkeit der Schuldeputationen und Schulvorstände und mit ausdrücklicher Billigung der Schulaufsichtsbehörden auf Kosten der Gemeinden angeschafft worden und könnten daher nur entfernt werden, wenn die maßgebenden Organe der Schulpflege das verlangen. Der Redner fragt die Regierung, auf welche rechtliche Grundlage sie ihre Maßnahmen stütze. (Sehr gut! rechts.)

Ministerialdirektor **Kestner**: Die Regierung ist zu ihrem Erlaß veranlaßt worden durch allerlei unliebsame Zwischenfälle. Sie ist weit davon entfernt, die Politik in die Schule hineinzutragen. Die Regierung will vielmehr durch Entfernung der Bilder das Hineintragen der Politik in die Schule vermeiden. (Sehr richtig! links.) Lachen rechts.). In dem Erlaß des Ministers wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Bilder von historischer Bedeutung nicht entfernt werden sollen. Die Unterrichtsverwaltung ist auf Grund ihrer Arbeitsbefugnis ohne weiteres berechtigt, Bilder, die den Unterricht stören, entfernen zu lassen. (Stürmische Unterbrechungen rechts.)

Es folgt die Beratung einer Denkschrift über die Behandlung der

Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung.

Hierzu liegt ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten vor, der den von der preußischen Regierung gemeinsam mit der Reichsregierung beschrittenen Weg, unter Aufwendung größerer staatlicher Mittel eine Senkung der Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung herbeizuführen, billigt, weil er allein aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herausführen kann. Schließlich wird die Einrichtung eines Lohnamtes gefordert.

Eisenbahnminister **Oeser** verbreitet sich ausführlich über die Lohnpolitik der Eisenbahnverwaltung und bespricht die Forderungen der einzelnen Arbeitergruppen. Nach der Lohnerhöhung für die Arbeiter haben jetzt auch die Beamten volles Recht auf Erhöhung ihrer Bezüge. (Sehr richtig!) Bei jeder Lohnforderung muß in Betracht gezogen werden, daß sie automatisch eine Erhöhung der Löhne oder Gehälter auch anderer Gruppen nach sich ziehen muß. Wir müssen daran denken, daß schon wegen der Bestimmungen des Friedensvertrages unsere Finanzlage von Monat zu Monat nicht besser, sondern schlechter wird. Dem Winter sehen wir mit großer Sorge entgegen. Wenn nicht Ruhe und Arbeitsfreudigkeit überall einkehren, werden wir nicht genügend Kohlen haben. (Hört, hört!)

Abg. **Schubert** (Soz.: Wir empfehlen den Antrag zur Annahme und hoffen, daß das darin geforderte Lohnamt so bald wie möglich ins Leben tritt und neben Theoretikern auch Praktiker aufweisen wird, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft Verständnis haben.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (D. Vp.): Die Vorlage bedeutet eine völlige Bankerotterklärung der bisherigen Regierungspolitik. Wir stimmen dem Antrage zu. Mit der Senkung der Lebensmittelpreise allein ist es nicht getan. Man sollte auch eine mildere Praxis bei den Ausfuhrbewilligungen eintreten lassen und den Handel wieder freigeben.

Abg. **Dallmer** (Deutschnat. Vp.): Wir freuen uns, daß die Denkschrift grundsätzlich ausspricht, daß die Unternehmungen des Staates sich mindestens selbst erhalten müssen.

Abg. **Paul Hoffmann** (U.-S.): Mit geringen materiellen Mitteln konnte man den Wünschen und Forderungen der Eisenbahnarbeiter entsprechen. Man brauchte ihnen nur das Mitbestimmungsrecht zu geben. Für den Antrag werden wir stimmen.

Der gemeinsame Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen zum Beschluß erhoben. Die Denkschrift wird zur Kenntnis genommen.

Aus dem Reich.

Die Erzeugerpreise im Jahre 1919.

Das Reichsministerium hat mit Zustimmung des Staatsausschusses und des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung durch Verordnung vom 15. Juli die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1919, soweit diese öffentlich bewirtschaftet werden, festgesetzt. Entsprechend der Steigerung der Produktionskosten ist der Roggenpreis für das Berliner Preisgebiet auf 405 Mark festgesetzt, also um 100 Mark oder 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht worden. Die bisherigen Preisgebiete sind beibehalten. Etwas stärker als die Produktionskosten des Roggens sind diejenigen des Weizens gestiegen. Unter Berücksichtigung der bisherigen Spannung zwischen Roggen- und Weizenpreis und angesichts der größern Ansprüche des Weizens an Pflege und Dünger erschien ein Preis von 450 M. für das niedrigste östliche Preisgebiet als angemessen und ausreichend. Der Preis der Gerste ist im Hinblick auf ihre weitgehende Heranziehung als Brotgetreide auf der Höhe des Roggenpreises gehalten, um so mehr, als ihre Produktionskosten nicht hinter denen des Roggens zurückbleiben. Um eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen durch die Erhöhung des Brotgetreidepreises zu vermeiden, wird die Erhöhung des Brotgetreidepreises bis zum 1. Okt. auf die Reichskasse übernommen und der Mehrpreis gegenüber dem bisherigen Getreidepreis aus dem zur Senkung der Lebensmittelpreise zur Verfügung gestellten 1¼-Milliarden-Fonds gedeckt. Beim Kartoffelpreis waren die gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 100 Prozent gestiegenen Produktionskosten und die zurückgegangenen Erträge in Uebereinstimmung zu bringen. So mußte ein Grundpreis von 125 Mark für die Tonne angemessen erscheinen. Er kann nach den regionalen Verschiedenheiten bis zu 145 Mark erhöht werden. Der Oelfruchtbau erfordert nach seiner Eigenart umfangreiche wirtschaftliche Vorkehrungen. Entsprechend der bisherigen Uebung war es daher erforderlich, bereits jetzt die Oelfruchtpreise für 1920 festzulegen. Im Interesse der Fettversorgung besteht das dringende Bedürfnis einer besonderen Förderung des Oelfruchtbaues, wobei zu berücksichtigen war, daß die Oelfrüchte als starke Stickstoffzehrer bei dem bisherigen Preis auch von dem Gesichtspunkt der Gestehungskosten aus nicht voll ausreichen. Nach der Bewertung des in den verschiedenen Oelfrüchten enthaltenen Eiweißes sieht daher die Verordnung eine Erhöhung der bisherigen Preise vor. Weiter setzt die neue Verordnung auch auch die Schlachtviehpreise fest, wie dies angesichts der besondern Dringlichkeit bereits durch die Verordnung vom 17. Juni für die Schlachtrinder vorläufig geschehen ist. Neben der Wiederholung der Preise für Schlachtrinder sind weiter Preise für Schlachtkälber und Schlachtschweine vorgesehen. Der Kälberpreis ist auf 120 Mark für den Zentner Lebendgewicht, der Preis für Schlachtschweine auf 120 Mark festgesetzt. Um die beständigen Ueberforderungen auf den Ferkelmärkten zu beseitigen, sind außerdem für Ferkel und Läuferschweine Richtpreise von 10 bezw. 6 Mark für das Kilogramm Lebendgewicht vorgesehen.

Die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung.

* **Weimar**, 19. Juli. Die Vorlage über die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung wird voraussichtlich noch in dieser Woche der Nationalversammlung zugehen. Das Reich will damit auf dem Gebiete der Energiewirtschaft die Führung übernehmen. Es wird beabsichtigt, von Reichs wegen den Bau von Hochspannungsleitungen zu übernehmen, um damit die wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten zu gewinnen, einen räumlichen Ausgleich zwischen den verschiedenen Energiequellen zu erzielen, die teilweise auf den Wasserkräften, teilweise auf der Kohle aufgebaut sind. Die privatkapitalistische Beteiligung an der Elektrizitätserzeugung soll ausgeschlossen sein. Damit wird aber die übrigen Elektrizitätsindustrie, namentlich der Bau elektrischer Maschinen, nicht betroffen. Endlich will das Reich auch mit aller Tatkraft an den Ausbau der Nutzung der Wasserkräfte herangehen, um den Mangel an schwarzer Kohle, soweit wie es möglich ist, durch weiße Kohle zu ersetzen. Den Freistaaten und Kommunen sollen ihre Elektrizitätswerke gelassen werden. Die Freistaaten insbesondere sollen wie bisher volle Verfügungsfreiheit über die in den staatlichen Werken erzeugte Energie behalten. Sie werden sie unter Benutzung der Höchstspannungsleitungen des Reiches benutzen können wie sie wollen. Sie behalten auch volle Verfügung über die Wasserkräfte ihres Landes. Eine Reihe Freistaaten haben bereits auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft wichtige Vorarbeiten geleistet und Höchstspannungsleitungen gebaut. Diese Arbeiten sollen vom Reich in keiner Weise gestört werden, vielmehr soll auf dem Wege der Vereinbarung die Gemeinsamkeit der Interessen an diesen Anlagen hergestellt werden.

Ein Schreiben des Landwirtschaftsministers.

* **Berlin**, 19. Juli. Der Landwirtschaftsminister hat an den Reichsernährungsminister ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

Mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehende Getreideernte ist es dringend geboten, dafür zu sorgen, daß von der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiterschaft alles ferngehalten wird, was zur Unzufriedenheit und Beunruhigung Anlaß geben könnte. Die jüngsten Vorgänge in Pommern haben gezeigt, daß es sowohl unter den Besitzern selbst als in den radikalen Kreisen der äußersten Linken gewissenlose Leute gibt, die die Dinge zum äußersten treiben und durch Gefährdung jeder auskömmlichen Ernährung die Bevölkerung an den Rand des Verderbens bringen, nur um dadurch ihren extremen Parteiinteressen zu dienen. Ein wirksames Mittel zur Vermeidung einer solchen Entwickelung wird darin zu finden sein, daß den Landarbeitern die ihnen vertragsmäßig zustehenden Naturalbezüge in vollem Umfange gewährt und den leistungspflichtigen Arbeitgebern die Möglichkeit genommen wird, Teile dieser Naturalbezüge in bar abzuhalten. Es ist daher dringend eine Verordnung erforderlich, durch die die Arbeitgeber in die Lage versetzt werden, alle den landwirtschaftlichen Arbeitern vertraglich zustehenden Naturalbezüge als solche in vollem Umfang zu gewähren.

Das Ergebnis des Reichsnotopfers.

* **Weimar**, 17. Juli. In der Sitzung der Tabaksteuerkomission hielt der Reichsfinanzminister Erzberger eine längere Rede, welche im Verlaufe zu einem ziemlich heftigen Wortgefecht mit dem ehemaligen Reichsfinanzminister Dernburg führte. Diese Auseinandersetzung in der Sitzung wird für streng vertraulich erklärt, wir wollen aber darüber mitteilen, daß der Reichsfinanzminister Erzberger angab, das Ergebnis des Reichsnotopfers werde vom Steuerfinanzministerium nicht, wie man allgemein glaubt, auf 60—90 Milliarden geschätzt, sondern nur auf etwa 35 Milliarden Mark, wobei die Reichsvermögenssteuer etwa 10 Milliarden ergeben würde.

Die Requisitionen im besetzten Gebiet.

* **Weimar**, 18. Juli. Nach dem Abkommen über die militärische Besetzung der Rheinlande sind die Besetzungstruppen befugt, Requisitionen im besetzten Gebiet vorzunehmen. Tatsächlich soll bereits die Lieferung von Heu in großen Mengen angefordert sein. Der Kreis Worms z. B. soll nicht weniger als 2800 Tonnen Heu abliefern. Solche Leistungen sind für manche Teile des besetzten Gebietes fast oder ganz unmöglich, für andere bedeuten sie eine Gefährdung vor allem der Viehhaltung, die ohnedies im Verlauf des Krieges in jenen futter- und weidearmen Gegenden stark abgenommen hat. Die besetzten Gebiete leiden unter der Besetzung ohnedies schwer genug. Sie tragen diese Leiden nicht nur für sich, sondern für unser ganzes deutsches Vaterland. Das gesamte Reich muß ihnen daher schon aus Gründen der Gerechtigkeit diese Leiden mittragen helfen. Es ist daher notwendig, daß alle Naturalleistungen, die dem besetzten Gebiet von den Besetzungstruppen unmittelbar auferlegt werden, soweit irgendmöglich, von den Reichsbehörden auf das ganze deutsche Reichsgebiet verteilt werden. Infolgedessen hat die Deutsche Volkspartei an die Regierung eine entsprechende Frage gerichtet.

Der Warenverkehr aus dem besetzten Gebiet heraus.

* **Köln**, 20. Juli. Die britische Behörde erläßt folgende Bekanntmachung: Mit Rücksicht auf die von dem Britischen Militärgouverneur veröffentlichten Anordnungen vom 12. Juli 1919 betreffend Aufhebung der Beschränkungen des Warentransportes (mit gewissen Ausnahmen) aus dem besetzten Gebiet wird dem Publikum hiermit bekannt gegeben, daß neue Anordnungen über den Verkehr des besetzten Gebietes mit dem Ausland von den deutschen Behörden aufgestellt werden, und nach Prüfung durch die alliierten Behörden in kurzer Zeit veröffentlicht werden können.

Bis diese neuen Anordnungen in Kraft treten, unterliegt der Güterverkehr weiterhin § 2 der oben erwähnten Verordnung.

Charles Fergusson, Lieut. General, British Military Governor of Occupied German Territory.

Zur Besetzung des linken Rheinufers.

* **Paris**, 20. Juli. Der Oberste alliierte Rat hat die Vorschläge bezüglich der Besetzung des Rheingebiets genehmigt und hat die Vollmachten der Hohen Kommission im Rheinland sowie die Beziehungen festgestellt, die sie mit dem Problem, das durch die beschleunigte Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland entstanden ist. Beide Fragen waren schon am Tage vorher in einer Versammlung unter dem Präsidium Fochs beraten werden. Die Hauptpunkte sind nunmehr geregelt, und es bleibt nur noch die Genehmigung der Stärke der Truppen im Rheinland sowie die Verteilung des Besetzungsheeres über die verschiedenen Gebiete.

* **Genf**, 20. Juli. Marschall Foch hat festgestellt, welche Truppenteile für die Besetzung des linken Rheinufers erforderlich sind. Es sind 100 000 Mann aller Waffengattungen.

Britische Rheinarmee.

Die Cologne Post bringt ein amtliches Dokument über die englische Demobilmachung. Darin wird ausgesprochen, daß die Anmeldung von Freiwilligen zur britischen Armee so groß ist, daß alle Feldsoldaten vor dem 30. April 1920 entlassen werden können und daß dann die reguläre Armee nur noch aus Freiwilligen und solchen jungen Rekruten bestehen soll, welche nicht zeitig genug eingezogen waren, um an den Kämpfen teilzunehmen. Insbesondere wird über die Rheinarmee gesagt:

Die Rheinarmee, welche jetzt aus 10 Divisionen besteht, soll bis zum Spätherbst auf zwei Divisionen reduziert werden. Diese Maßregel wird eine Ersparnis von etwa 150 000 Mann bewirken.

Das Aufräumen in Frankreich und Flandern macht ebenfalls Fortschritte, und sobald die deutschen Gefangenen nach Hause gesandt sind, stehen deren Wächter zur Verfügung. Alles in allem kann man hoffen, daß die Streitkräfte in Frankreich und Flandern am 1. November um mehr als 100 000 Mann vermindert sein werden.

Die deutschen Kriegergräber in Frankreich.

* **Berlin**, 18. Juli. Nach den ortsgesetzlichen Bestimmungen verschiedener Gemeinden in Frankreich können Gräber bereits nach 5 Jahren neu belegt werden. Wie uns mitgeteilt wird, ist von unserer Seite die französische Waffenstillstandskommission gebeten worden, die deutschen Kriegergräber vor diesem Schicksal zu bewahren, damit die Möglichkeit gegeben werde, die Leichen heimzuführen oder die Gräber zu suchen. Die französische Kommission hat nun am 14. Juli die Erklärung abgegeben, daß die erwähnten ortsgesetzlichen Bestimmungen auf die deutschen Kriegergräber nicht angewandt werden sollen.

Amerikanische und dänische Waren für Deutschland.

* **Kopenhagen**, 19. Juli. Hiesige große Handelsfirmen und Spediteure, die amerikanische Firmen vertreten, haben von diesen drahtliche Mitteilungen erhalten, wonach mächtige Sendungen von Transitwaren, die größtenteils nach Deutschland gehen sollen, nach Kopenhagen unterwegs sind. Ob Amerika Kopenhagen auch weiterhin als Durchgangshafen für Deutschland benutzen wird, ist jedoch zweifelhaft, da sich in Amerika jetzt das Bestreben geltend macht, direkte Schiffahrtsverbindungen mit deutschen Häfen herzustellen. Auf dänischer Seite sucht man diesen Bestrebungen, die alle auf den Aufschwung Kopenhagens als Transithafen gesetzten Hoffnungen vernichten würden, dadurch entgegenzuwirken, daß alle noch bestehenden dänischen Ausfuhrverbote schleunigst aufgehoben werden sollen. Verschiedene amtliche Stellen beschäftigen sich zurzeit mit diesen Maßregeln, und es wird bereits angekündigt, daß in den allernächsten Tagen die Aufhebung der allermeisten Ausfuhrverbote zu erwarten sei. Ausfuhrverbote würden nur für geringe Warensorten vorläufig bestehen bleiben, jedoch würde auch für diese Waren in weitestem Maße in jedem Falle die Ausfuhrerlaubnis erteilt werden.

Amerikanische Pferde.

* **Amsterdam**, 13. Juli. Wie ein holländisches Fachblatt meldet, hat Deutschland von der amerikanischen Heeresleitung 28 000 Pferde gekauft, wovon 13 000 geliefert worden sind. Die Bezahlung erfolgt, wie aus anderer Quelle gemeldet wird, durch Kalilieferung.

Stadtnachrichten.

* **Neuß**, 22. Juli 1919.

† **Zum zweiten Definitor des Dekanats Neuß** ist Herr Pfarrer Brucherseifer von Sankt Marien gewählt worden.

) **Zugelassene Zeitungen in den besetzten Gebieten.** Die Liste der von dem interalliierten Komitee von Luxemburg zum Postbezug zugelassenen Zeitungen und Zeitschriften ist erschienen und kann am Briefausgabeschalter des Postamt 1 (Neustraße) eingesehen werden.

⚒ **Für die heimkehrenden Kriegsgefangenen** haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma „Kornfrank" 140 Mark gesammelt.

⚒ **Für die heimkehrenden Neußer Kriegsgefangenen** spendete der Kegelklub „Hä wackelt noch" im Restaurant Jean Busch 150 Mark.

* **Reisebrotmarken.** Auf die heute abgedruckte amtliche Bekanntmachung wird besonders aufmerksam gemacht.

△ **Zuweisung von Oberleder an das Schuhmachergewerbe.** Ueber die Aussichten der Zuweisung von Oberleder an das Schuhmachergewerbe macht die Handwerkskammer zu Düsseldorf folgende Mitteilungen:

Bei dem herrschenden Mangel an Schuhoberleder kann eine Zuweisung von Oberleder bezw. eine Ausstellung von Oberleder-Karten an Schuhmacher, die weniger als 10 Arbeitskräfte haben, leider nicht veranlaßt werden. Die Schuhmacher, die im Jahre 1913 Oberleder bezogen, haben gemäß den Bestimmungen der Reichslederstelle ihr Oberleder bei ihrem Oberleder-Lieferanten des Jahres 1913 zu kaufen. Sollten die betreffenden Lieferanten die Abgabe von Oberleder an ihre Kunden des Jahres 1913 aus irgend einem Grunde verweigern, so ist die Reichslederstelle davon in Kenntnis zu setzen, damit von dort aus die erforderlichen Schritte unternommen werden können.

Anders verhält es sich dagegen mit dem Schuhmachermeistern, die ihr Oberleder im Jahre 1913 direkt vom Hersteller, Großhändler oder Schäftefabrikanten bezogen haben oder von solchen, die im besetzten Gebiete wohnen oder auch von solchen, die inzwischen ihren Betrieb eingestellt haben. Damit diese Schuhmacher zu ihrem Oberleder auf Grund ihrer früheren Bezüge gelangen, würde eine Sonderzuteilung an Schuh-Oberleder durch einen Lederkleinhändler in Erwägung zu ziehen sein. Im vorstehenden Falle sind von jedem einzelnen Schuhmacher Anträge mit genauer Begründung an die Reichslederstelle zu richten. Die Reichslederstelle tut hiermit ihr Möglichstes und ist der Ansicht, hiermit allen kleineren handwerksmäßigen Betrieben geholfen zu haben.

Was die Zuweisung von freigegebenen Schuhoberleder an Ledergroß- u. Kleinhändler betrifft, so steht die Reichslederstelle auf dem Standpunkt, daß dem Großverkehr insofern größere Mengen Schuhoberleder zugewiesen werden müssen, als diese davon Leder-Kleinhändler und Schuhfabriken zu beliefern haben, wohingegen Leder-Kleinhändler nur handwerksmäßige Betriebe, d. h. solche, die nicht mehr als 10 Arbeitskräfte beschäftigen, zu versorgen haben.

§ **Der Bund technisch-industrieller Beamter und der Deutsche Techniker-Verband** haben sich unter dem Namen „Bund der technischen Angestellten und Beamten" am 27. Mai dss. Js. auf einer gemeinsamen Tagung in Berlin zu einer Einheitsorganisation mit über 80 000 Mitgliedern zusammengeschlossen. Die beiden Ortsgruppe Neuß der vorgenannten Verbände halten ihre erste gemeinsame Mitgliederversammlung am Mittwoch, 23. dss. Mts. im Hotel Hermkes ab und wird auf die Anzeige besonders hingewiesen. In Anbetracht der Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich, auch sind die noch fernstehenden Kollegen zu der Versammlung eingeladen.

⚒ **Neue 50-Pfennig-Stücke.** Wie die Pol. Inf. hören, ist beabsichtigt, neugeartete 50-Pfennig-Stücke auszuprägen, um dem immer fühlbarer werdenden Mangel an solchen Kleinmünzen abzuhelfen, die an Stelle des jetzt stark benutzten Papiergeldes treten können. Die Metallmischung oder das Metall — es kommen namentlich Aluminium, Zink oder auch Kupfer als Mischung in Betracht — steht noch nicht fest, ebensowenig die Ausführung der neuen Münzen; die Ausprägung wird aber jedenfalls nicht in Silber erfolgen. Es dürfte ein größerer Posten solcher Geldstücke in Auftrag gegeben werden, der sich auf mehrere Millionen beläuft.

§ **Eigentümer gesucht.** Zwei junge Leute aus Büttgen versuchten gestern bei einem hiesigen Althändler einen Karton mit Damenkleidern zu verkaufen. Ueber die Herkunft derselben vermochten sie sich nicht auszuweisen. Der Karton enthielt: Einen schwarzen Kleiderrock mit weißem Einsatz, eine schwarze Tüllbluse, eine Sammetbluse mit schwarz-weißen Tüllärmeln, ein braunseidenes Mantelkleid. Der Eigentümer kann sich auf dem Kriminalbüro, Rathaus Zimmer 26, melden.

Zur Lage der Rheinschiffahrt. Zu den Gewerbezweigen, die durch die außenpolitischen wie innerpolitischen Verhältnisse unmittelbar und wesentlich berührt werden, gehört auch die Rheinschiffahrt und das Rheinhafenwesen. Schon während des Waffenstillstandes haben die Rheinschiffahrtsbetriebe infolge der Besetzung der Rheinlande, insbesondere durch die sog. Kontrolle der Rheinschiffahrt, schwere Tage erlebt. Desgleichen enthält der Friedensvertrag eine Reihe von Bestimmungen, die teils den Schiffsbestand der Rheinflotte, teils die internationale Rheinschiffahrtsakte und auch sonst noch die Rheinschiffahrt in sehr wesentlichen Beziehungen berühren. Auch innerpolitisch stehen das Rheinschiffahrts- und das Rheinhafenwesen in verschiedener Hinsicht vor neuartigen Verhältnissen. Infolgedessen dürfte der außerordentlichen Zusammenkunft, zu der der Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, Sitz Duisburg, auf den 23. Juli, nachmittags, nach Essen eingeladen hat, besondere Bedeutung innewohnen. Der Verein hat in den vergangenen Monaten bei der Durchführung des Waffenstillstandes sowie während der Friedensverhandlungen die Interessen der Rheinschiffahrt und des Rheinhafenwesens in engstem Zusammenarbeiten mit allen zuständigen Behörden führend vertreten. Seine Verhandlungen dürf-

ten daher nicht nur über die jüngste Vergangenheit, sondern auch über wichtige Rheinschiffahrtsfragen der Zukunft mancherlei wertvolle Beschlüsse geben.

= **Die Frage, ob öffentliche Tanzmusiken** gestattet werden sollen, beschäftigte dieser Tage auch die Bonner Stadtverordnetenversammlung. Beigeordneter Dr. Lühl verlas eine Eingabe der vereinigten Saalbesitzer Bonns, in der unter Hinweis, daß in anderen Orten getanzt wird, die Erlaubnis nachgesucht wird, ebenfalls Tanzmusik abhalten zu dürfen. Die Beigeordneter Lühl und Bottler legen die Gründe dar, die zum Beschluß des Tanzverbots in der letzten Stadtverordnetenversammlung geführt haben, Bottler fragte, ob neuerdings eine andere Stellung eingenommen werden soll. Stadtv. Dr. Aulker weist darauf hin, daß tatsächlich in andern Orten getanzt wird und regt an, den einzelnen Ortsvereinen bei Kirmessen einen Ball zu gestatten, als Ersatz für öffentliche Tanzmusik. St.-V. Geheimrat Olbertz betont, daß man sich einig darin sei, daß unsere Zeit nicht dazu angetan sei, Tanzlustbarkeiten abzuhalten. Werde jedem Verein gestattet, Ball abzuhalten, so werde das einer öffentlichen Tanzmusik gleichkommen, da jeder Gast an einem solchen Ball teilnehmen könne. Eine Abstimmung ergab, daß die Versammlung ihre Ansicht seit der letzten Sitzung nicht geändert hat. Stadtv. Dr. Bulker bittet um eine schärfere Kontrolle der sog. Tanzkränzchen. Geschehe das nicht, würden bald sämtliche Saalbesitzer Tanzkränzchen ins Leben rufen. Beigeordneter Dr. Lühl: Es wird Aufsicht geübt. Es dürfen nur Tanzlehrkurse abgehalten werden, bei denen ein Schlußball stattfindet, zu dem aber lediglich noch die Eltern zugelassen werden.

D **„Deutsche Jugendkraft".** Spielergebnisse: Am vergangenen Sonntag spielte die 2. Mannschaft der Sportabteilung von St. Dreikönigen morgens 11 Uhr gegen die gleiche Mannschaft von M.-Gladbach (Hauptpfarre) mit dem Resultate von 1 : 1 Toren. Nachmittags spielte die 1. Mannschaft gegen die gleiche Mannschaft obigen Vereins mit dem glatten Siege von 4 : 1 Toren.

Vergangenen Sonntag spielte die 1. Jugendmannschaft von St. Marien gegen die gleiche Mannschaft von St. Dreikönigen und konnte nach einem interessanten Spiel ein Resultat von 2 : 0 Toren erzielen. Dieselbe Mannschaft (St. Marien) spielte am 13. dss. Mts. gegen die gleiche Mannschaft von Weckhoven mit einem Ergebnis von 2 : 0 Toren.

Die 2. Mannschaft der Sport-Vereinigung Neuß-Weißenberg trat am Sonntag in Holzbüttgen gegen die 1. Mannschaft des dortigen Fußballklubs Viktoria an. Als Sieger mit 4 : 1 Toren konnten die Weißenberger das Spielfeld verlassen. Am Nachmittag trat dieselbe Mannschaft gegen die gleiche Mannschaft der Spielvereinigung Heerdt an und konnte auch hier als Sieger mit 2 : 0 Toren aus dem Kampfe hervorgehen. Die 3. Mannschaft spielte in Hemmerden gegen die gleiche Mannschaft von Sport-Verein 13 mit 1 : 1 Toren.

♀ **Neuß-Weißenberg,** 21. Juli. Die Jünglings-Kongregation der St. Josefspfarre Weißenberg veranstaltete am vergangenen Sonntag aus Anlaß ihres 5. Stiftungsfestes im Hotel Neckenig eine weltliche Feier. Nach den einleitenden Begrüßungsworten des Präses an die überaus zahlreichen Besucher, besonders an die Vertreter der Bruderkongregationen aus Stadt und Land, nahm Herr Lehrer Bitt das Wort zu einem Vortrage über „Das Mittelalter und das Rittertum". Anschließend daran schloß er eine Inhaltsangabe des Ritterschauspiels „Der schwarze Dietrich", das uns in das Jahr 1275 zurück versetzte. Nunmehr begann das Spiel. Schon gleich beim ersten Akte wurde das regste Interesse geweckt und dasselbe steigerte sich von Szene zu Szene und löste sich zum Schlusse in reichsten Beifall aus. Das Schicksal des schwerbedrohten Bauern Konrad und seiner Familie im Kampfe gegen die Raubritter und dessen böses Geist, den Burgvogt, die Rettung der braven Familie durch den edlen Ritter Börtlinger und die Bestrafung der Unholde barg die große Lehre in sich, daß Gottvertrauen, Gerechtigkeit und Bruderliebe heute wie damals die Grundlagen des Wohlergehens für den einzelnen wie für die Gesellschaft bedeuten. Alle Spieler ohne Ausnahme leisteten Vorzügliches und verdienen den öffentlichen Dank aller Festteilnehmer für die genußreichen und lehrreichen Stunden in dieser schweren Zeit.

Aus dem Landkreise.

♀ **Aus dem Landkreise.** Die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen wird voraussichtlich in nächster Zeit erfolgen. Es wird die beteiligten Kreise interessieren, zu erfahren, daß der Vaterländische Frauen-Verein für den Landkreis Neuß für die rückkehrenden Kriegsgefangenen 1200 Mark gespendet hat.

=: **Dormagen,** 21. Juli. Die Kriegsbeschädigten der Gemeinde Dormagen haben sich als Unterabteilung der Ortsgruppe Neuß dem „Verbande wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich" angeschlossen. Es liegt im Interesse aller Kriegsbeschädigten, dem Verbande beizutreten. Durch Vermittlung desselben können alle Anträge in Rentenangelegenheit, auf Heilverfahren und Lazarettbehandlung, Unterstützungen der verschiedensten Art, Arbeitsangelegenheiten, Wohnungs- und Möbelfragen, in Rechts-, Steuersachen usw. gestellt werden. Ferner gewährt die Mitgliedschaft mancherlei Vergünstigungen inbezug auf Theaterbesuch, Benutzung der Badeanstalt in Neuß usw. Anmeldungen nimmt Kamerad Cl. Zaun hierselbst, Nr. 279, entgegen.

Außerdem sei an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Reinertrag des Blumentages nunmehr an die Kriegsbeschädigten verteilt werden soll. Mit Rücksicht darauf, daß bisher noch keine vollständige Liste der in der Gemeinde wohnenden Kriegsbeschädigten aufgestellt worden ist, werden diejenigen Kameraden, welche noch nicht Mitglied obigen Verbande sind, gebeten, sich bis einschließlich Mittwoch, 23. Juli beim Kameraden Cl. Zaun zu melden, damit eine gerechte Verteilung des zur Verfügung stehenden Betrages (2652,38 Mk.) erfolgen kann. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

)!(**Gohr,** 19. Juli. Als Nachfolger des Herrn Pfarrers Dr. Lenkewitz ist Herr Pfarrer Pet. Hugo Husten von Horbach zum Pfarrer hierselbst ernannt worden.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

=: **Grevenbroich,** 22. Juli. Die Sammlung in der katholischen Kirche zugunsten der Kriegsgefangenen ergab eine Summe von über 420 Mark.

)!(**Bedburdyck,** 21. Juli. In der am 2. Juli stattgefundenen Gemeinderatssitzung waren 21 Mitglieder anwesend. Der vom Herrn Oberpräsidenten als erster Beigeordneter der Bürgermeisterei Bedburdyck bestätigte Landwirt J. Roelen aus Gubberath wurde in sein Amt eingeführt. Die Frage der Reinigung des die Gemeinde durchquerenden Jüchener Baches war Gegenstand eingehender Erörterungen. Um den sich bisher gezeitigten Uebelständen abzuhelfen, soll die Gründung einer Genossenschaft angestrebt werden, zu deren Kosten die Gemeinde einen jährlichen Beitrag leisten würde. Als weiterer Punkt stand die Bezahlung der Einquartierungs- und Requisitionsgelder zur Tagesordnung. Gemeinderat hält die von der Kölner Versammlung festgelegten Mindestsätze für angemessen. Hiernach sollen folgende Einheitssätze für Offiziere und Mannschaften aller Dienstgrade gezahlt werden: für einen Offizier 3 Mk., für einen Mann 1 Mk., für zwei Mann 75 Pfg., für jeden weiteren Mann 50 Pfg. Quartiere für Pferde werden mit 25 Pfg. für Pferd und Tag vergütet. Diese Einheitssätze sollen für die Zeit vom 15. Mai bis 30. September um 30 Prozent ermäßigt werden. Für die Festsetzung der Vergütung für Massenquartier und der Abschätzung der verursachten Schäden wurden aus den einzelnen Ortschaften Kommissionen gewählt. Die Gemeindekassenrechnung für 1917 wurde geprüft und in Einnahme auf 285 462,80 Mk., in Ausgabe auf 281 387,28 Mk. festgestellt.

Provinznachrichten.

)—(**Düsseldorf,** 21. Juli. Die Direktion der im hiesigen Apollo-Theater gastierenden Operetten-Gesellschaft Paul Blüthgen und Gustav Bertram hat sich, vielseitig geäußerten Wünschen entsprechend, entschlossen, die Nachmittags-Vorstellungen an Sonn- und Feiertagen zu ermäßigten Preisen wieder aufzunehmen.

Ita. **Krefeld,** 19. Juli. Der berüchtigte Einbrecher H. Draake, der noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte, sollte auf Anordnung der hiesigen Staatsanwaltschaft nach dem Krefelder Gefängnis gebracht werden. Mit seiner Ueberführung waren zwei Schutzleute aus Köln betraut. In Krefeld führte Draake seine Begleiter hinters Licht und ist entsprungen.

* **Krefeld,** 21. Juli. Die Besatzungstruppen veranstalteten am Sonntag auf der Krefelder Rennbahn Pferderennen. Da ein starker Fremdenverkehr zu erwarten war, die Straßenbahn aber seit einigen Tagen wegen des Ausstandes des gesamten Personals den Betrieb einstellen mußten, hat der Ortskommandant einen Befehl an die Streikenden erlassen, wonach sie sich am Sonntag sämtlich der Straßenbahnverwaltung zur Verfügung zu stellen hatten, damit am Sonntag von mittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr die Straßenbahn verkehre. Die Ausständigen hielten am Samstag nachmittag eine Versammlung ab, in der sie beschlossen, diesem Befehl nachzukommen. Sie kamen ferner überein, in der erwähnten Zeit sowohl Militär- als auch Zivilperson enzu befördern, aber keine Fahrgelder zu vereinnahmen. Zugleich wurde der Beschluß gefaßt, strikte die Annahme von Trinkgeldern abzulehnen. Diese Beschlüsse wurden am Sonntag streng befolgt, sodaß es auf der stark in Anspruch genommenen Straßenbahnen nur Freifahrten gab.

* **Rheydt,** 20. Juli. In der bekannten Strafsache gegen die Katharina Heutz aus Kraken, welche wegen Ermordung des Pfarrers Fischer und seiner Haushälterin zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde, hat der neuerdings zum Verteidiger bestellte Rechtsanwalt Dr. Hetzer aus Berlin den Antrag auf Aussetzung der Strafvollstreckung gestellt mit der Behauptung, daß die Verurteilte nach der Verurteilung in Geisteskrankheit verfallen sei. Die Staatsanwaltschaft hat darauf Ermittlungen angeordnet. Durch die Verteidigung soll beabsichtigt sein, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen.

* **Köln,** 21. Juli. Eine am Samstag von zuständiger Stelle gemachte Ankündigung, daß von heute an voraussichtlich drei bisher nur zwischen Düsseldorf—Elberfeld—Berlin gefahrene Schnellzüge bis Köln geführt werden würden, hat sich nicht verwirklicht; von der Durchführung dieser Züge hat vorläufig Abstand genommen werden müssen.

* **Köln,** 20. Juli. Die ersten Kriegsgefangenen aus Saloniki, die mit Dampfer dieser Tage in Hamburg eingetroffen und von dort aus über Essen mit Sonderzügen in ihre Heimat befördert wurden, trafen am Samstag nachmittag nach 6 Uhr, 170 an der Zahl aus Köln und Umgebung, auf dem Lazarettzug-Bahnsteig des Deutzer Bahnhofs ein, wo alle Vorkehrungen zu einem freundlichen und herzlichen Willkomm der nach so langer Trennung Heimkehrenden getroffen waren. Als um 6 Uhr der Zug einlief, ging eine tiefe Bewegung durch die auf dem Bahnsteig Versammelten; herzliche Willkommrufe und Tücherschwenken begrüßten die Heimkehrenden, die an die Speisehalle geführt wurden, wo sie vom Roten Kreuz Liebesgaben und von der Stadtverwaltung Brotmarken und eine Büchse Fleisch erhielten. Die Heimgekehrten sahen durchweg gut aus. Wie sie erzählten, waren sie zu 4000 Mann auf zwei selbst gecharterten russischen Schiffen von Saloniki, wo sie monatelang in einem Lager interniert waren, abgefahren und nach vierwöchiger, anstrengender Fahrt in Deutschland eingetroffen. Die Heimgekehrten stammen großenteils aus Köln sowie aus dem übrigen besetzten Gebiet bis Bonn, Düren, Euskirchen usw. Auch diesen Auswärtigen war die Heimkehr am Samstag abend noch möglich.

DZB **Wesel,** 21. Juli. Das außerordentliche Kriegsgericht verurteilte die Arbeiter H. Hartjes und August Dolata aus Hamborn wegen Raubmordes zum Tode. Die Verurteilten haben in der Nacht zum 1. Mai den Nachtwächter Vittorio Candido in Oberhausen-Lirich hinterrücks ermordet und beraubt.

* **Altenahr,** 20. Juli. Die am 5. Juli wegen des Ausbruchs einer typhusartigen Seuche über unsern Ort verhängte Sperre ist nunmehr, nachdem bereits vor einigen Tagen der Durchgangsverkehr wieder gestattet war, gänzlich aufgehoben. Sämtliche Kranken, von denen der größte Teil sich auf dem Wege der Besserung befindet, sind im Krankenhaus zu Ahrweiler untergebracht.

Neueste Nachrichten.

Die innerstaatliche Gliederung.

* **Weimar,** 21. Juli. Der Artikel 18 der Reichsverfassung, welcher sich mit den Bestimmungen für die innerdeutsche staatliche Gliederung beschäftigt, ist aus den Kompromißverhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten, denen sich auch die Demokraten angeschlossen haben, in folgender Fassung hervorgegangen:

Aenderungen des Gebietes von Ländern und Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches durch Vereinigung oder Abtrennung setzen die Zustimmung der daran unmittelbar beteiligten Länder voraus und bedürfen der Bestätigung durch Reichsgesetz.

Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Gemeininteresse sie erheischt.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes es verlangt.

Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel der Stimmen aller Berechtigten erforderlich. Auch wenn es sich nur um Abtrennung eines Teiles einer preußischen Provinz, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirkes handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Bezirkes festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutrennenden Gebietes mit dem Gesamtbezirk nicht besteht, kann auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Wille der Bevölkerung des abzutrennenden Gebietes als ausreichend erklärt werden.

Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschlußfassung vorzulegen.

Entsteht bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das deutsche Reich.

Den Uebergangs- und Schlußbestimmungen der Reichsverfassung wird folgender Artikel 164 angefügt: Die Bestimmungen des Artikels 18 Absatz 2—5 treten erst zwei Jahre nach Verkündigung der Reichsverfassung in Kraft.

Der Antrag trägt folgende Unterschriften: Löbe, Trimborn, Heile, Sollmann, Dr. Kaas-Trier.

Verkehr mit der belgischen Zone.

* **Berlin,** 21. Juli. Zwischen dem unbesetzten Deutschland und der belgischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete ist in beiden Richtungen der Austausch von gewöhnlichen, eingeschriebenen und Wertpaketen bis zum Höchstgewicht von 25 Kilogr. (ohne und mit Nachnahme bis 100 Mark bei Sendungen nach, bis 800 Mark bei Sendungen aus der belgischen Zone) mit folgenden Einschränkungen zugelassen worden. Name und Adresse des Absenders sowie der Gesamtinhalt eines jeden Paketes müssen auf dessen Außenseite und auf der Paketkarte angegeben sein. Verboten sind: 1. schriftliche Mitteilungen jeder Art in den Paketen und auf den Paketkartenabschnitten; 2. die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial jeder Art; 3. die Ausfuhr aus der belgischen Zone von lebenden Tieren und, vorbehaltlich besonderer Genehmigung, von Farbstoffen, chemischen Erzeugnissen, allen Edelmetallen, gemünztem Gold, ungemünztem Gold und Silber sowie von Papiergeld und Wertpapieren jeder Art. Die Ausfuhr von Geld, geschäftlichen, staatlichen und allen sonstigen beweglichen Wertpapieren darf wie seither nur durch die besonders dazu ermächtigten, unter Aufsicht der Alliierten stehenden Banken erfolgen; 4. die Einfuhr in die belgische Zone von Büchern und sonstigen Druckwerken unterliegt auch weiterhin den bisherigen Sonderbestimmungen.

Schadenschätzungen.

* **Haag,** 18. Juli. Der Parlamentsausschuß für Finanzangelegenheiten hat in seiner gestrigen Versammlung den Bericht von Dubois über die Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich der Entschädigungen entgegengenommen. Der Berichterstatter sagte, daß der Sachschaden in den von den Deutschen besetzt gewesenen Provinzen 119 Milliarden Franken betrage. Den der Landwirtschaft zugefügten Schaden berechnet man mit 37 Milliarden Franken. Der Schaden, den die Handelsflotte erlitten hat, ist in den 119 Milliarden nicht einbegriffen. Ebenso wenig sind einbegriffen die militärischen Ruhegehälter mit 43 Milliarden Franken, die Entschädigung für minderjährige Kinder, die man auf 6 Milliarden 920 Millionen schätzt, und die Zulagungen an Verwandte, die etwa 2 Milliarden Franken betragen. Der Gesamtschaden betrage etwa 200 Milliarden Franken.

Die Millionenbuße für Berlin.

* **Berlin,** 19. Juli. In einer Auslassung der deutschen Allgemeinen Zeitung zu der deutschen Antwort auf Fochs Note wird halbamtlich ausgeführt, daß die geforderte Buße von einer Million in Gold als völkerrechtlich unbegründet abgelehnt werden müßte, weil Marschall Foch zur Auferlegung von Strafen zurzeit überhaupt nicht mehr — keinesfalls aber außerhalb des besetzten Gebietes — berechtigt sei. Die einzig in Betracht kommende völkerrechtliche Vorschrift sei in Artikel 50 der Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 enthalten: „Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann." Dieser Artikel 50 gelte nur im Besetzungsgebiet. Weiter erfährt man aus den Ausführungen des Blattes, daß die französischen Behörden von der Waffenstillstandskommission, ehe noch französisches Militär nach Berlin gekommen sei, ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurden, daß es bei der Stimmung der Bevölkerung ratsam sei, wenn die französischen Soldaten in Berlin und in andern Orten, in denen sie sich aufhalten, möglichst nur in Zivil in den Straßen verkehrten.

Der Demonstrationsstreik der Unabhängigen.

* **Berlin,** 21. Juli. Der heutige Demonstrationsstreik der Unabhängigen unterscheidet sich nicht wesentlich von dem vor acht Tagen beendeten Verkehrsstreik. Außer den Angestellten der Verkehrsbetriebe, mit Ausnahme der Stadt- und Ringbahn, haben sich auch die Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke dem Streik angeschlossen. Der Regierung ist es bisher gelungen, durch Arbeitswillige und Freiwillige die Wasserwerke in Betrieb zu halten. Die meisten Großbetriebe sind geschlossen. Die von den Unabhängigen angesetzten Versammlungen im Freien sind, wie schon gemeldet, von der Regierung auf Grund des Belagerungszustandes verboten. Die Mehrheitssozialisten haben eine starke Propaganda gegen den Streik gemacht.

Kein Generalstreik.

* **Düsseldorf,** 21. Juli. Die Arbeiterschaft der großen industriellen Werke ist nur zum Teil der Aufforderung, die Arbeit ruhen zu lassen, nachgekommen. In der Mehrzahl der großen industriellen Werke wird der Betrieb mit der erschienenen Belegschaft zum Teil aufrecht erhalten. Von den Verkehrsanstalten wird die Straßenbahn ihren Betrieb von 9.30 bis 2 Uhr einstellen. Eine Kundgebung auf dem Hindenburgwall hatte nur eine mäßige Teilnahme.

Vorläufig kein Straßenbahnerstreik.

* **Essen,** 21. Juli. Der Straßenbahnverkehr ist heute wieder aufgenommen worden. Die Straßenbahner wollen das Ergebnis der am 26. Juli im Reichswirtschaftsministerium stattfindenden Verhandlungen über ihre Forderungen abwarten.

Kleine Nachrichten.

— Die Städtevereinigung der besetzten rheinischen Gebiete hat, wie die Internationale Telegraphen-Agentur mitteilt, an die Reichs- und Staatsregierung in Berlin die dringende Bitte gerichtet, vor einer entscheidenden Stellungnahme in Sachen der Rheinischen Industrieprovinz gehört zu werden.

— Die ersten Franziskaner-Mönche sind in Allenstein eingetroffen und haben das Kasino des Infanterie-Regiments Nr. 150 käuflich erworben. Seit 1873, in welchem Jahre alle männlichen Ordensmitglieder Preußen verlassen mußten, ist dies die erste Ordensniederlassung in Ostpreußen.

* **Karlsruhe,** 21. Juli. Ueber die Flucht des Prinzen Max von Baden in die Schweiz wird berichtet, daß der Prinz, der sich auf seinem Schloß Salem am Bodensee aufhielt, von dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses in Ueberlingen benachrichtigt worden sei, daß die Kommunisten einen Anschlag auf ihn ausüben wollten, und daß daraufhin der Prinz mit seiner Familie im Motorboot von Uhldingen aus nach dem schweizerischen Ufer fuhr und in Bottighofen landete. Wertsachen und Geld seien von der Familie nur zum persönlichen Bedarf mitgenommen worden.

* **Amsterdam,** 20. Juli. Aus New York wird unterm 19. drhtlos berichtet: Nach der Tribune soll die japanische Abordnung erklärt haben, Schantung werde binnen sechs Monaten oder höchstens einem Jahre an China zurückgegeben werden.

* **Berlin,** 21. Juli. In dem ehemaligen königlichen Schlosse lag bis vor einigen Tagen eine Abteilung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps. Die Abteilung ist heute nacht durch die Marinebrigade abgelöst worden, und Mannschaften dieser Brigade haben die Marineflagge auf dem Schlosse gehißt.

* **Berlin,** 21. Juli. Die zahlreichen in verschiedenen Stadtteilen auf heute nachmittag einberufenen Versammlungen der Mehrheitssozialisten nahmen teilweise einen stürmischen Verlauf. In Charlottenburg und in der Hasenheide gelang es den Unabhängigen und Kommunisten, sie zu sprengen und zur Auflösung zu bringen.

* **Amsterdam,** 20. Juli. Wie das Preßbureau Radio meldet, sind in Amerika 68 000 Tonnen Schiffsraum für den Handel mit Deutschland bereitgestellt. Zwei Schiffe werden Baumwolle führen. Alle Schiffe fahren Ende dieses Monats oder Anfang August ab.

* **Haag,** 20. Juli. Der Transport, der gestern in Rotterdam ankam, brachte 101 Zivilgefangene aus Australien und 269 Personen aus Neuseeland mit, darunter den Kommandanten des Seeadlers, Graf Luckner mit zwei anderen Offizieren und 14 Mann. Ferner waren mitgekommen von der Emden zwei Leutnants und ein Mann von Planet, 6 Mann sowie der Gouverneur von Samoa mit seinem Stabe. Anfang nächster Woche wird in Rotterdam der Dampfer Kursk mit 25 Unteroffizieren und Mannschaften aus Tsingtau, 69 von der Emden und drei Mann vom Planet erwartet.

DZB **Versailles,** 20. Juli. Nach dem Matin wird das französische Hauptquartier am 4. August aufgelöst.

— Am Samstag wurde in London mit großem Pomp das Siegesfest gefeiert. Eine ungeheure Menschenmenge beobachtete den Marsch der verbündeten Truppen, die unter Führung von Haig, Beatty, Pershing und Foch in die Stadt zogen.

Eisenbahnunglück auf dem Stettiner Bahnhof.

* **Berlin,** 21. Juli. Am Sonntag früh fuhr ein Leerzug am Stettiner Bahnhof über den Prellbock in die Bahnhofswirtschaft hinein, die vollständig zerstört wurde. Ein 12jähriger Schüler und seine 6jährige Schwester erlitten so schwere Verletzungen, daß sie bereits auf dem Wege nach dem Krankenhaus ihren Verletzungen erlagen. Der Unfall ist nach der Aussage des Lokomotivführers auf Versagen der Luftdruckbremse zurückzuführen.

Nach langer, schmerzlicher Ungewissheit erhielten wir nunmehr die tieftraurige Nachricht, dass unser lieber, unvergesslicher Sohn und Bruder,

der Musketier

Peter Josef See,

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse,

im Alter von 24 Jahren, am 26. Januar 1918 nach kurzer Krankheit im Kriegslazarett zu Montmedy (Frankreich), wo er sich in Gefangenschaft befand, gestorben ist. Gross ist unser Schmerz.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Franz See.

Uedesheim bei Neuss, den 22. Juli 1919.

Die feierlichen Exequien finden am Freitag, den 25. d. M., morgens 7¼ Uhr in der Pfarrkirche statt.

Bekanntmachung

über die Kontrolle demobilisierter deutscher Reserve-Offiziere.

Auf Grund einer Anordnung der belgischen Besatzungsbehörde werden alle demobilisierten Offiziere mit einem Ausweis versehen, welcher auf der Vorderseite alle auf die Person und Stellung der Offiziere bezüglichen Angaben enthält. Die Verpflichtung zur persönlichen Meldung ist aufgehoben.

Alle Gesuche von demobilisierten Offizieren um Wohnungswechsel werden der Armee-Division eingesandt, sie werden dort durch die Kantonements-Kommandanten geprüft. Derartige Gesuche müssen den deutlichen Vermerk „Betrifft Reserve-Offizier" tragen.

Neuß, den 21. Juli 1919.

Der Oberbürgermeister. J. V.: Dr. Beißen.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung der belgischen Kommandantur brauchen Wohnungsveränderungen zwischen der 3. u. 4. Zone den Besatzungsbehörden künftighin vorher nicht mehr angezeigt werden; solche Wohnungsveränderungen sind vielmehr ohne weiteres zulässig.

Jedoch sind die betreffenden Personen verpflichtet, sich bei den in Frage kommenden Polizeibehörden anbezw. abzumelden; diese übersenden alsdann ihrerseits dem betreffenden Abschnittskommandanten Abschrift der An- bezw. Abmeldebescheinigung.

Neuß, den 21. Juli 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V. Dr. Beißen.

Bekanntmachung.

Zwecks Behebung von Zweifeln weise ich darauf hin, daß innerhalb der 4. Zone Personalausweise im allgemeinen nur für Personen über 15 Jahre vorgeschrieben sind.

Jedoch müssen sich ausnahmsweise auch die über 12 Jahre alten Personen im Besitze eines Personalausweises befinden, wenn für dieselben die Ausstellung eines dauernden Verkehrsscheines beantragt wird.

Neuß, den 21. Juli 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V. Dr. Beißen.

Reichsreisebrotmarken.

Die nur noch bis einschließlich 27. Juli geltenden alten Reisebrotmarken können im Laufe dieser Woche im alten Hospital, Hymgasse 4 (Zimmer 21) in Marken neuen Musters umgetauscht werden. Nach dem 26. Juli findet ein Umtausch nicht mehr statt. Am 28. und 29. Juli haben die Bäcker und Brotverkäufer sowie die Gast- und Schankwirte alle Reisebrotmarken alten Musters restlos und ordnungsmäßig entwertet zur Abrechnung bei obiger Dienststelle abzuliefern. Später werden solche Marken, weil ungültig, nicht mehr angenommen und gutgeschrieben. Es wird wiederholt ausdrücklich bemerkt, daß Reisebrotmarken des neuen (gelben) Musters, die auf der Rückseite das Siegel der Stadt Neuß tragen, von Bäckern und Brotverkäufern in Neuß nicht angenommen und beliefert werden dürfen. Solche Marken sind in Neuß gesperrt und ungültig.

Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Neuß, den 21. Juli 1919.

Der Oberbürgermeister. J. V.: Dr. Beißen.

Bekanntmachung.

Von Mittwoch, den 23. bis einschl. Samstag, den 26. Juli wird als Sonderzuteilung ausgegeben:

Auf die Marke T 28 pro Einheit 1 Kilogramm Einmach-Zucker und zwar Stampf- oder Würfelzucker, die Einheit Stampfzucker zu Mk. 1.20, die Einheit Würfelzucker zu Mk. 1.26.

Die Kleinhändler haben auf eine ordnungsmäßige Markenaustrennung zu achten und wird für Marken, die nicht deutlich die Nummer 28 zeigen, keine Anrechnung erfolgen.

Die Marken müssen bis Montag, den 28. 7., vorm. 12 Uhr, auf dem Lebensmittelamt abgeliefert werden.

Die Ernährungskommission:

Der Oberbürgermeister: J. V.: Thywissen.

Bekanntmachung.

Gemäß Befehl 85 vom 13. Juli der interalliierten Feldeisenbahnkommission in Trier wird infolge Aufhebung der Blockade der Expreßgut- und Güterverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet jedoch nur über die bisherigen Uebergänge abgesehen von nachstehenden Ausnahmen allgemein freigegeben. Verboten bleibt die Ein- und Ausfuhr von Waffen und Munition, sowie von Gegenständen, die zur Kriegsrüstung gehören. Die Ausfuhr von Farbstoffen, Drogen, Platin, Gold und Silber gemünzt und in Barren sowie von fremden Wertpapieren unterliegt nach wie vor dem Genehmigungszwang der Alliierten. Bezüglich des Kohlen- und Koksversandes verbleibt es bei den bisherigen Beschränkungen. Gleichfalls ist der Uebergang der Entente- und Beutewagen sowie der mit Anschriften der Entente versehenen deutschen Wagen in das unbesetzte Deutschland nach wie vor verboten. Der Rokadeverkehr ist gänzlich frei.

Cöln, den 16. Juli 1919.

Eisenbahndirektion.

---

†

Das Jahrgedächtnis

für die verstorbene

Frau Heinr. Schmitz

geb. Pulm,

findet Mittwoch, den 23. Juli, morgens 9 Uhr, in der Münsterkirche statt, wozu freundlichst einladet

die Familie.

Neue Häuser

m. je 3 abgeschl. Dreizim.-Wohn. mit Gas, Elektr. und Garten z. verk. Näh. **Fr. Wyen, Schillerstr. 5, I.**

Geschäftshaus

zu verkaufen.

Gute Einhäuser

mit u. ohne Gart. z. verk. **Ed. Schmitz,** Marienstr. 18.

Ein Schmiedegeselle

gesucht. Dasf. eine neue mittelschwere Ziehkarre u. Dreirad zu verkaufen. Müller, Neuß, Mühlenst. 58.

Jung. Mann sucht abds. nach 5 Uhr Stelle als

Kellner

auch für Sonntags. Angebote erb. an **H. Ertelt,** Crefelderstr. 61 II.

Suche für landwirtschaftl. Betrieb einen zuverlässigen

Knecht

bei hohem Lohn und Familienanschluß auf sofort. **Bellen,** Hoistien Nr. 4.

Starker Kastenwagen

billig zu verkaufen. **Broich,** Industriestr. 5.

Zuverlässiger Ackerknecht

der fahren und 2 Kühe melken kann gesucht.

Näheres bei **Schmalbach, Neußerfurth.**

Ordentlicher Junge

für leichte Arbeit sucht **J. Sprenger,** Weyerstraße 29, am Konvikt.

Junge

von 16—17 J., ev. Kriegsinvalide für leichte Arbeit gesucht, desgl. schulentlass. **Junge** von 14—15 J., am liebsten vom Lande.

Mohrendrogerie, H. Kilbinger, Büchel.

— Putz —

Tüchtige 1. u. 2. Putzarbeiterinnen per sof. od. später ges. **Radeberger Hutfabr.,** Cöln, Schildergasse 44.

Jung. brav. Mädchen

für ein Pfarrhaus gesucht. **Pfarrer Schaeben, Willich.**

Zuverlässig. Mädchen

für Küche u. Hausarbeit (4 Personen) gesucht. **Frau Dir. Forst, D.-Oberkassel,** Sonderburgstr. 38.

Mädchen

für alle Hausarbeit gesucht. **Frau Franz Gottschalk, Welchenberg b. Grevenbr.**

Tüchtiges Mädchen

gesucht, welch. 5—6 Kühe melken kann. **Bechlenberg, Straberg 136.**

Weg. Heirat meines jetz. suche ich z. Anf. August ein

zuverläss. Mädchen

für Küche und Hausarbeit (3 Pers.). **Frau Dr. Mahne,** Erftstraße 18.

Zuverläss. katholisches

Mädchen

für Küche u. Hausarbeit gesucht. Vorstellung Donnerstag nachm. von 3—6 Uhr oder schriftl. Angeb. **Frau Landesrat Bossen, Düsseldorf-Oberkassel,** Düsseldorferstr. 51.

Ein ordentliches Mädchen, welches melken kann, für sof. od. b. z. 1. Aug. ges. **Krücken,** Geulenhof F. 156, Morgensternsheide, Post Neuß.

Junges Mädchen oder **Frau** f. einige Stunden am Tage f. alle Hausarbeiten gesucht. **Engels,** Josten-Allee 22.

Ordentl. Mädchen gesucht. Bäckerei **Hesemann,** Oberstr. 30.

Sauberes Mädchen

für alle Hausarbeit gesucht. **Peter Heigenfeld, D.-dorf-Herdt,** Pariserst. 154.

Jung. saub. Mädchen

für 1. Aug. od. spät. ges. **Frau J. Küpper,** Kaiser Friedrichstr. 114.

Suche für sofort

Mädchen u. Junge

für Landwirtschaft. **Herm. Hermes, Grefrath** b. Neuß, Büttgerstr. 48.

Reinliches Stundenmädchen oder Frau gesucht. **Frau P. Hopstein,** Drususstr. 81 II.

Ein fleißiges **Dienstmädchen** gesucht. C. Schmalbach, Neußerfurth.

Empfehle mich im Nähen und Flicken außer dem Hause. Zu erfr. **Chr. Völker,** Hindenburgplatz 15.

Kath. Lehrmädchen

für mein Kurz-, Weiß- und Wollwaren-Gesch. gesucht. **Schmitz-Kempen, Kreselderstr. 20.**

Bekanntmachung.

Im Büro der Kommandantur, Exerzierplatz 6, ist ein Ausweis auf den Namen **Wirtz** lautend, mit 90 Mark gefunden worden. Der Eigentümer wird aufgefordert, sich im Büro der Kommandantur zu melden.

Düsseldorf-Oberkassel, den 21. Juli 1919.

Der Bürgermeister: J. V. Knopp.

Bekanntmachung.

Städtischer Lebensmittelverkauf im linksrheinischen Stadtteil Oberkassel-Heerdt.

Für die Zeit vom 19. bis einschließlich 26. Juli 1919. (Für Kartoffeln vom 20. bis 26. Juli.)

Wegen Ausgabe von Kartoffeln erfolgt noch besondere Bekanntmachung.

Es gelangt zur Ausgabe an jede in die Kundenliste eingetragene Person gegen Abgabe der angeführten Marken des Lebensmittelbezugsheftes.

Von Mittwoch, den 23. Juli 1919 ab:

In den Lebensmittelverkaufsstellen:

1. 175 Gramm Zucker, Preis für gemahlenen 60 Pfg., für Würfelzucker 64 Pfg. das Pfund, Zuckermarke der 3. Woche.
2. 250 Gramm Teigwaren B, Preis 68 Pfg. das Pfd., Marke 13.
3. 125 Gramm Reis, Preis 2.— Mk. das Pfund, Marke 14.
4. 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl, Preis 85 Pfg. das Pfund, Marke 15.

In den Verkaufsstellen für Speisefett u. Brotaufstrich:

5. 100 Gramm Inlandbutter, Preis 5,25 Mk. das Pfd., Speisefettmarke der 3. Woche.
6. 125 Gramm feinste holländische Süßrahmbutter (Sonderzuweisung) Preis Mk. 3,20 für 125 Gramm. Marke 16.
7. 250 Gramm abgelagerte Gouda- (holländischer) Käse, Preis Mk. 8,80 das Pfund, Marke 17.
8. 150 Gramm Marmelade, Preis Mk. 1,30 das Pfd., Marke 18.

Ferner in durch besonderen Aushang erkenntlichen Geschäften:

9. 250 Gramm gesalzene Vollheringe, Preis Mk. 1,40 das Pfund.

Die Heringe gelangen ungeteilt zum Verkauf und wird ein Mehrgewicht mit 3 Pfg. für 10 Gr. berechnet.

Weiter wird folgendes bestimmt:

1. Zuziehende und vorübergehend anwesende Personen erhalten dasselbe wie die übrige Bevölkerung.
2. In den Krankenverkaufsstellen erhalten die Bezugsberechtigten auf Marken für die 30. Woche:
   a) Kinder bis zu 2 Jahren 3 Päckchen Zwieback, das Päckchen mit etwa 125 Gramm kostet 44 Pfg.
   b) Kranke mit Bezugsschein für Mühlenfabrikate Weizengries, 48 Pfg. das Pfund.
   c) Hoffende und stillende Mütter 1½ Pfund Weizengries, 48 Pfg. das Pfund (ordentlich 1 Pfd., außerordentlich für fehlende Eier ½ Pfund).

Düsseldorf-Oberkassel, den 19. Juli 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V.: Knopp.

Montagen, Reparaturen,

an Kesseln, Dampfmaschinen, Pumpen, Heizungen 2c. 2c. werden sachgemäß ausgeführt von **Werner Küster,** Maschinenbauer, Neuß, Furtherstraße 191.

Gelernter tüchtiger

Schmied und Schlosser geprüfter Heizer

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Papierfabrik Reisholz, Akt.-Ges., Neuß, Düsseldorferstraße 46.

Stepperinnen

für elektrischen Betrieb sucht Krawattenfabrik A. Schreitmüller Breitestraße 38.



Junge Schweine

7—9 Wochen alt, 110 Mk. zum Aussuchen **Alois Hamacher,** Rheydterstr. 32.



Mehrere hochtragende

Sauen

zu verkaufen. **Heinrich Dickmann,** Schweinezüchterei, Neuß, Hammerlandst. 101.

Milchgeb. Ziege

zu verkaufen. Gd. **Schmitz,** Marienstr. 18.

Braune Ziege

sowie eine **Brutmaschine** zu verkaufen. **Gesell,** Hasenstraße 17.

Schönes Ziegenlamm, 4 Mon. alt, zu verkaufen. **Ladthe,** Uhlandstr. 19.

Gute milchgebende Ziege sowie **Kaninchenstall,** 6fach, zu verkaufen. **Offermanns,** Schillerstraße 11.

Silberhasenkaninchen

billig zu verkaufen. **Lehmler,** Industriestr. 21.

Rapsstroh u. Bolzen

hat abzugeben **L. Pohlhausen, Vorhof bei Neuß.**

Einen guterhaltenen

Massey-Harrisbinder

mit Schnur hat abzugeben **Chr. Biegelstein,** Neuß-Mierenhof.

Mähmaschine

(Dameklett) 1½-, guterhalt., preiswert zu verkaufen. **Adam Ostereth, Rommerskirchen, Markt 99.**

Braunes Kittelkleid für 60 Mk. zu verkaufen. **Wirtz, Glockhammer 39.**

Tonneaus

mit u. ohne Verdeck, hochherrschaftl. Fabrikat, Mieten-Vonn, stehen zum Verkauf bei **Hub. Jos. Koch, Ameln,** Fernspr. 69 Amt Ameln.

Moderne Küchen

naturlack. und gestrichene, **Schlafzimmer** in prima Ausführung. **Einzelmöbel, Matratzen, Sofas usw.**

Bei uns gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung frei aufbewahrt.

Jos. Hilbertz & Co.,

Clariffenstraße 12. **Eigene Schreinerei.**

Mehrere Sofa's

in allen Farben, prima Material, zu verkaufen. **Roscheck,** Furtherstr. 180.

Kücheneinrichtung, gebr. **Herd** nebst **Bett** zu verkaufen. Zu erfragen Völker, Jülicherlandstr. 82.

Zu verkaufen:

2 Paar Reitstiefel, 2 P. Schnürstiefel, 2 Drillichanzüge (weiß, grau), neu, 1 Militärhose, neu, 2 Militärblusen, neu, 1 Wäschesack (mit Verschluß), neu, 1 P. Reitpacktaschen, 4 Herrenhüte, 2 Strohhüte, 1 Jagdrock, 1 Umhang, 1 Stiefelhose, 1 Sportmütze, versch. gebr. Zivilbekleidungsstücke, 1 Kinderreifenbahn, 1 Reck m. Ringen u. Stange, 1 Stehlampe mit Seidenschirm, 1 Brennapparat. **Krüll, Kapellen,** Bahnstr. 27.

Ein Posten

Verputzplatten

eine Kiste Glassteine, groß. Zinkbehälter, Türen, Fensterrahmen zu verkaufen. **Kaiser,** Bleichstr. 19.

Fast neuer 6flügeliger

Fensterrahmen,

1,60×2,70 groß, m. Buntverglasung, zu verkaufen. **Müller,** Tückingstr. 15.



Schuhmacherei

Empfehle mich in allen **Schuhreparaturen,** prompt und billig. Solide Arbeit. Kernleder. **Schuhmacher Seidel,** Lindengasse 8.

Zigarren!

Ia. holl. Zigarren sehr preiswert nur aus reinen überseeischen Tabaken hat im Auftrage abzugeben **Heinrich Tives,** Neuß a. Rh., Salzstr. 19, I.

Kokosbesen

wieder vorrätig. **Franz von der Lohe,** Krämerstr. 13.

Holländer u. Edamer Käse

prima vollfett, echten franz. Camembert und Gervais.

Elise Schnitzler,

Telef. 203. Neuß, Büchel 40/42.

Sunlicht-Seife

Doppelstück 3.30 Mk.

Ia. Kaffeebohnen

per Pfund 8.50 Mk.

Amerik. Schokolade

per Tafel 5.40 Mk.

Kels, Düsseldorf-Oberkassel,

Schanzenstraße 41, Unterhaus.

Achtung! — Achtung!

En gros!

Von heute ab laufend grössere Posten bester

Englischer Zigaretten,

verzollt und versteuert.

Billig! Billig!

Tabak-Fabrikatengrosshandlung

Joseph Küsters,

Verdingen a. Rh., Niederstr. 8, Telephon 154. Lagerbesuch erbeten.

Erhielt einen Transport schwerer und mittelschwerer

Acker-Pferde

junge Rassepferde und Ponys.

Pferdehandlung Birkhoff

Büttgerstraße 381 Telefon 382.



Anfertigung von Gießereimodellen

laufend zu vergeben. Erstklassige Modellschreinereien, die in der Lage sind, genau nach Zeichnung saubere u. dauerhafte Modelle schnell herzustellen, wollen sich melden bei

Oeffenkirchener Gußstahl- u. Eisenwerke, Abt. Stahlwerk Krieger, Düsseldorf-Oberkassel.

Infolge Betriebsstillegung haben wir noch abzugeben:

1 Drehstrom-Motor 75 PS. A. E. G. (Kupferwickelung).
1 Drehstrom-Motor 3/4 PS. Poege, (Kupferwickelung).
1 Hochspannungs-Erdkabel 3 X 70, 28 Meter, (Kupfer).
16 mittlere Drehbänke.
7 schwere Drehbänke.
Div. Schleifmaschinen (darunter 1 Unger-Maschinen.
1 kompl. Transmission 80 mm.
Lederriemen, hölz. und gusseis. Riemscheiben und sonstige Betriebseinrichtungen etc.
Interessenten erhalten ausführliche Liste.

Maschinenfabrik Dietel, G. m. b. H.

Neuss, Blücherstrasse 29, Telefon 992.

Säge-Abfall

Späne und Mehl hat dauernd abzugeben

Düsseldorfer Kistenfabrik,

Kisten-, Spalt- und Hobelwerke, **Heerdt b. Neuß.**

Heizkörper (Radiatoren) Warmwasserbereiter zu kaufen gesucht. **H. Lösing, Büderich** bei Neuß, Hoxweg 15.

Kl. Einmachfaß, Kartoffelquetscher, Spielsachen zu verkaufen. **Weller,** Friedrichstr. 9.

Ein in Eichen sehr gut erhaltenes **— Klavier —** zu verkaufen. **Derichs,** Kapellstr. 35.

Gold Silber — Platin

goldene u. silb. Münzen, alte silberne und goldene Uhrgehäuse kauft zu den höchsten Preisen **Riehen,** Breitestraße 63.

Möbel.

Kompl. Schlafzimmer u. Küchen, sowie Einzelmöbel billigst

Herm. Sack,

Tückingstr. 2.

Prompte Ausführ. sämtlicher **Möbel-Reparaturen und Renovierungen in eigener Werkstatt.**

Ausgekämmtes und abgeschnittenes **Frauenhaar** wird zu höchsten Preisen angekauft. **Geschw. Bürvenich,** Neuß, Büchel 11, Grevenbroich, Kölnstr. 11.

Chaiselongue

in rotem Stoff, prima Material, zu verkaufen, **Roscheck,** Furtherstr. 180.

Vereinskalender.

Die Angaben für den Vereinskalender müssen bis spätestens 6 Uhr abends in der Geschäftsstelle aufgeliefert sein.

Jünglings-Kongregation St. Dreikönigen. Mittwoch, den 23. Juli, abends ½9 Uhr, im alten Jünglingsheim Versammlung sämtlicher Fußballspieler.

Jünglings-Kongregation Neuß-Weißenberg. Heute abend 7½ Uhr Versammlung der Theaterabteilung im Jugendheim.

Stadtgarten-Restaurant.

Karl Nellen.

Mittwoch, den 23. Juli 1919

Walzer-Abend.

Grosses verstärktes Orchester unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Herrn Jos. Schiffer.

Anfang 7½ Uhr, Eintritt 1.10, einschliesslich Billettsteuer.

Wichtig für alle Seelsorger

ist die Broschüre:

Gedächtnis- und Bekenntnisfeier

für die Heimkehr unserer Krieger und den Anfang einer neuen Zeit.

Herausgegeben im Auftrag der Konferenz für Volks-Missionen von P. Max Kassiepe O. M. I.

Als Manuskript gedruckt.

Preis der Broschüre Mk. 1.60 u. 10 Pfg. Porto.

Zu beziehen durch die

Gesellschaft für Buchdruckerei in Neuß a. Rh.

Bund techn. industriell. Beamten

Deutscher Techniker-Verband.

Ortsgruppe Neuß.

Die **Verschmelzungsversammlung zum Bund der technischen Angestellten und Beamten** findet am **Mittwoch, den 23. Juli 1919, um 7½ Uhr,** im Restaurant **Hermkes,** Neuß, Niederstraße 21, statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Besprechung wirtschaftlicher Fragen des Gaubeamten Bolten, Köln.
3. Wahlen.

Der Vorstand.

Die

Neuss-Grevenbroicher Zeitung

ist für die Kreise Neuss u. Grevenbroich das

vorzüglichste Insertionsorgan.

Ueber 16 000 Abonnenten aus allen Bevölkerungsschichten.

In der N.-G. Z. finden Anzeigen die weiteste Verbreitung und den besten Erfolg.

Geschäftsstelle Neuss, Niederstr. 46.

Auto.

1 Overland 14/30, in best. Zustande, zu verkaufen. Preis 16 000 Mark. **A. H. Berning, Werkzeuge, D.dorf-Oberkassel,** Belsenstraße 7, a. Bahnh. Oberk.

Fast neues Herren-Fahrrad, wenig gebr., mit Gummibereifung, steht zu verkaufen. Büttgen-Rottes C. 12.

Fahrräder, Luftschläuche und Mäntel billig zu verkaufen. **Schotters,** Büchel 44 I.

Dezimal- und Kohlenwagen

empfiehlt **Hub. Gerh. Kraus,** Mühlenstr. 59.

Chaiselongue

in weiß, zu verkaufen. **Roscheck,** Furtherstr. 180.

Drehstrom-Motore

von ½ bis 10 PS 220/380 Volt, zu kaufen gesucht. **H. Lösing, Büderich,** Hoxweg 15.

Guterhaltener schwarzer Alpaca-Frauenmantel preiswert zu verkaufen. **Raab,** Sternstraße 3.

Zwei gebr. **Knabenhosen, Weste u. Rock** für Alter von 15—16 J. zu verkauf. Worms, Kapitelstr. 47.

Gehrock u. Weste, f. neu, für mittl. Fig. u. 2 Bilder zu verkauf. Schneegaß, Weißenbergerweg 18.

Elegant. schwarz. feid. **Damen-Mantel** billig zu verkaufen. Nemmeln, Marienstr. 33 II.

---

100 M. Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir meinen vor unserem Hause abh. gekommenen dunkelgrauen **Rock m. Inhalt** wiederbringt. **P. Sebezky,** Dreikönigenstraße 22.